

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 868 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, umreißt die Rüstungskontrollpolitischen Erfordernisse im Neuen Jahr: Nicht nur Stühle rücken.

Seite 1

Karl Heinz Müller MdL, Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, fordert, die Sozialhilfe menschenwürdig zu gestalten: Warenkorb von 1970 reicht nicht mehr.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB weist auf die zunehmenden Arbeitsunfälle in der Bauwirtschaft hin: Besser Kontrollieren.

Seite 5

40. Jahrgang / 1

2. Januar 1985

Das Übel des Wettrüstens endlich an der Wurzel packen

1985 ist nüchterner Realitätssinn gefragt und die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1984 ging zu Ende, und es drängt sich der Eindruck auf, daß dies ominöse Jahr weder im Guten noch im Schlechten gehalten hat, was die einen von ihm erhofft, die anderen befürchtet hatten. Das gilt namentlich für die Ost-West-Beziehungen und das Verhältnis der beiden Supermächte zueinander. Wer hat sie nicht noch im Ohr; die lockeren Sprüche, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erst dann richtig in Gang kämen, wenn das westliche Bündnis "nachgerüstet" habe?

Bekanntlich zog dann der Osten auch wieder nach. Die tatsächliche Entwicklung war auch sonst anders. Sie hat den Scheinoptimismus der amtlichen Propaganda ebenso bloßgestellt wie die apokalyptischen Ängste mancher von denen, die sich nach der Stationierung am Vorabend des Jüngsten Gerichts wähnten. Bewahrheitet hat sich vielmehr ein Satz, ein Verdacht, den man von deutschen Sozialdemokraten Ende 1983 öfters hören konnte: daß 1984 für Entspannung und Abrüstung ein verlorenes Jahr sein werde. Ich erinnere daran ohne Befriedigung, da die Entwicklung selber keinen Anlaß zur Zufriedenheit bietet.

Daß das Schlimmste nicht eintrat, ist gewiß tröstlich. Der Trost sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Wettrüsten ungehemmt fortschreitet und den Boden für Ausgleich und Entspannung nach wie vor untergräbt. Tatsächlich ist die weltpolitische Lage Ende 1984 schlechter als Ende 1983. Die ungehemmte Modernisierung der nuklearen Waffensysteme macht das Verhandeln über Rüstungskontrolle immer schwieriger: Wo alles im Fluß ist, eine militärische Neuerung die andere jagt, und so gut wie nichts unerprobt bleibt,



was in den Entwicklungsbüros der militärisch-industriellen Komplexe eronnen wurde, da ist über die Beschränkung der Rüstung nur schwer zu verhandeln.

Die Beschleunigung des Rüstungswettlaufs mit seinen immer raffinierteren Kreationen hat bereits einen Zustand heraufbeschworen, in dem nur noch radikale Mittel und Methoden Erfolg versprechen. Das heißt: Wenn man das Übel des Wettrüstens nicht endlich an der Wurzel packt, werden wir auch im Kleinen kaum noch positive Resultate erzielen können. Die Wurzel des Übels besteht im Streben nach militärischer Überlegenheit und Unverletzbarkeit - und im Glauben, beides sei technisch zu erlangen und aufrechtzuerhalten. Da in der Geschichte - nicht nur der letzten vierzig Jahre - keine Annahme so gründlich widerlegt wurde wie gerade diese, gehört schon eine gehörige Portion Stumpfsinn dazu, unbeirrt daran festzuhalten.

Klar ist: Wenn 1985 nicht ein ebenso verlorenes Jahr werden soll wie 1984, dann müssen in Wien, in Genf, in Stockholm - wo immer USA und Sowjetunion, Ost und West einander begegnen - nicht bloß Stühle gerückt werden. Dann muß sich auch in den Köpfen etwas verändern, dann ist nicht krankhaftes Mißtrauen, sondern nüchterner Realitätssinn gefragt und die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen.

Wir Sozialdemokraten begrüßen, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion erneut in Verhandlungen eintreten wollen, und wir wünschen diesen Verhandlungen Erfolg. Wenn beide Seiten jene Bereitschaft zeigen, von der ich sprach, brauchen positive Ergebnisse nicht lange auf sich warten zu lassen. Die von Olof Palme geleitete Unabhängige Kommission zu Abrüstung und Sicherheit hat dieser Tage acht Empfehlungen ausgesprochen, die getrost als Programm übernehmen könnte, wem der Friede und die friedliche Entwicklung unseres Planeten am Herzen liegt. Die entscheidende Empfehlung lautet dabei auf beiderseitiges Einfrieren bei Test und Aufstellung neuer nuklearer Waffensysteme. Ohne ihre Verwirklichung wird es keinen festen Verhandlungsboden geben, und ohne festen Verhandlungsboden werden sich schwerlich seriöse Resultate erzielen lassen.

In den Jahren 1981 bis 1983 ist die Rüstungs-, die Militär- und Sicherheitspolitik dem Dunkel sogenannter Expertengespräche entwunden und zu einem Gegenstand der öffentlichen Debatte gemacht worden. Das war gut so und vor allem ein Verdienst der friedensbewegten Jugend weltweit. Ob 1985 - das Jahr der Jugend - in Sachen Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung ein besonderes Jahr werden wird, als 1984 es war, wird auch davon abhängen, ob die Erfahrungen der frühen 80er Jahre verarbeitet und weitergetragen werden. Die Anstrengung lohnt. Denn nach wie vor gilt, daß der Friede zwar nicht alles ist, ohne den Frieden aber alles nichts.

(-/2.1.1985/rs/ks)

+ + +



Sozialhilfe menschenwürdig gestalten

Der Warenkorb aus dem Jahr 1970 wird den heutigen Erfordernissen nicht mehr gerecht

Von Karl Heinz Müller MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

"Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht." So steht es schwarz auf weiß im zweiten Absatz des Paragraphen 1 des Bundessozialhilfegesetzes. Was ein Mensch braucht, um dieses Leben zu führen, darüber sagt nicht nur das Gesetz nichts aus - darüber gehen die Meinungen auch weit auseinander. Tatsache ist, daß die Zahl derjenigen, die mehr schlecht als recht von der Sozialhilfe leben müssen, immer mehr zunimmt. Daran ist nicht zuletzt die Arbeitslosigkeit - vor allem ihre lange Dauer - schuld.

Eine gesetzliche Festschreibung dessen, was man als "Existenzminimum" bei uns zum Leben braucht, gibt es nicht. Die sogenannten "Regelsätze" müssen in der Sozialhilfe diese Aufgabe übernehmen. Sie werden in Bayern vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung festgesetzt und zwar als Mindestregelsätze. Dies bedeutet, daß die Sozialhilfeträger (die Landkreise und kreisfreien Städte) nach oben abweichen dürfen. Dies geschieht aber, angesichts zunehmender Sozialhilfelasten und leerer Kassen, immer weniger.

Dem "Regelsatz" - er beträgt in Bayern derzeit für den Haushaltsvorstand und den Alleinstehenden 346 Mark und für Haushaltsangehörige mit Beginn des 22. Lebensjahres 277 Mark - kommt damit die Schlüsselrolle bei der Festlegung dessen, was ein Mensch zum menschenwürdigen Leben braucht, zu. Ermittelt wird der Regelsatz aufgrund eines "Warenkorbes". Dies bedeutet, es wird festgelegt, was ein "Durchschnitts-Sozialhilfeempfänger" zum Essen und Trinken braucht, wie oft er sich waschen soll und darf, wie oft er seine Kleider und Schuhe reparieren lassen kann und so weiter. Berücksichtigt wird auch, wie oft er sich ein Buch leihen kann und ins Kino gehen darf. Auf diese umständliche und recht aufwendige Methode zur Ermittlung dessen, was zum Existenzminimum gehört, hat man sich auf der Ebene der Bundesländer im Jahre 1955 geeinigt. Der "Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge" hat mit gewohnter Gründlichkeit ein Schema des Bedarfs, den sogenannten Warenkorb entwickelt.

Die heutigen Regelsätze beruhen auf dem Satz des Warenkorbes aus dem Jahre 1970 - sie sind lediglich mehrfach prozentual angehoben worden. Und der Warenkorb sieht heute wie folgt aus: Da stehen einem Sozialhilfeempfänger neben einem halben Ei pro Tag monatlich 1/8 l Schlagsahne, 1 Pfund Butter und knapp 1/10 Schuhbesohlung zu. Im Monat darf sich der Standard-Sozialhilfeempfänger mit 70 g Kalbfleisch, 1 1/2 Tafeln Schokolade, 600 g Käse sowie 1 Porzellantasse nebst Untertasse aus dem Warenkorb bedienen. Er darf - falls männlichen Geschlechts - einmal zum Friseur, 2,5 Rasierklingen verbrauchen, 1/4 in der Reinigung bezahlen, aber 1/2 Dose Schuhcreme auf die unbesohlenen Schuhe schmieren. Ihm stehen 60 g Bücklinge im Monat und ganze 6 Fahrten im öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung. Für seine kulturellen Bedürfnisse kann er im Monat 1/2 Kinokarte, immerhin ein ganzes Taschenbuch, 50 g Tabak und aufs Jahr gesehen sogar 2 Roßhaarbesen in Anspruch nehmen. Für Bewerbungen und Beschwerdebriefe gibt es 5 Blatt Briefpapier.



Um ermessen zu können, wie schwierig es ist, mit diesen "Bedarfsmengen" zu leben, muß man sich dies einmal auf die eigene Lebenshaltung übertragen vorstellen. Heute weiß jeder, daß der "Warenkorb 1970" nicht mehr stimmt. Inzwischen haben sich nicht nur die Lebens- und Gebrauchsgewohnheiten weitgehend geändert. Ölpreiskrise und Rohstoffverteuerung werden im geltenden Warenkorb überhaupt nicht berücksichtigt. Bereits vor fünf Jahren mußten rund 16 Prozent mehr für die Ernährung ausgegeben werden als im Warenkorb vorgesehen sind.

Wenn darüber hinaus zu einem menschenwürdigen Leben die Perspektive gehört, eines Tages nicht mehr Empfänger der Sozialhilfe zu sein, dann kann diese unterste Grenze der Existenzen schon zweimal nicht mehr richtig sein. Dem wer dauernd ausschließlich an dieser Grenze leben muß, wer Monat für Monat - so eine Untersuchung des Fachbereichs Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt - ab dem 24. keine ausreichende Mahlzeit mehr bezahlen kann, der hat kaum noch Chancen, sich aus eigener Kraft von dieser Grenze wegzubewegen.

Körperliche Verfassung, Ungepflegtheit, mangelnde Kleidung und kein Geld, um mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bei seinem Vorstellungsgespräch der Erste zu sein, das alles wirkt zusammen, um den Status als "Sozialhilfeempfänger" zu einem Dauerzustand werden zu lassen. Und Sozialhilfeempfänger zu werden ist ein Schicksal, das nahezu jeden treffen kann.

Junge Menschen, die durch einen Verkehrsunfall plötzlich aus der Lebensbahn geworfen werden, gehören ebenso dazu wie die Mütter mit mehreren Kindern, wenn der Vater den notwendigen Unterhalt nicht mehr bezahlt. Familien, deren einziger Verdienner plötzlich zum Strafantritt muß, sind ebenso betroffen wie viele ältere Menschen, deren Rente oder Pension einfach nicht ausreicht, um die Kosten für eine Unterbringung im Altersheim oder gar Pflegeheim zu bezahlen.

Sozialhilfeempfänger zu sein ist hart genug. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommt die Schmach sozialer Erfolglosigkeit und das Gefühl der Ohnmacht. Es ist deshalb hohe Zeit, das unterste Auffangnetz im System unserer sozialen Sicherung wieder zu dem zu machen, was es sein muß: die konkrete Ausformung der Verfassungsgrundsätze des Schutzes der Menschenwürde und des Anspruchs auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie des Sozialstaatsgebotes. (-/2.1.1985/rs/ks)

+ + +



Besser kontrollieren

In der Bauwirtschaft ereignen sich zu viele Unfälle

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Bauwirtschaft ist noch immer zu unfallträchtig. Doch Sicherheit am Arbeitsplatz ist aus humanitären wie aus volkswirtschaftlichen Gründen ein wichtiges Thema.

Kostenrelationen alleine können die Bedeutung nicht deutlich machen: Leben und Gesundheit sind nicht wiederbeschaffbar.

Trotz großer Erfolge und wesentlicher Verbesserungen in der Arbeitssicherheit, die in den letzten Jahren erzielt werden konnten, gibt es immer noch zu viele Arbeitsunfälle, bei denen Arbeitnehmer ihr Leben verlieren oder gesundheitliche Schäden nehmen.

Die Bauwirtschaft ist dabei ein besonderer Problembereich. Die Unfallhäufigkeit ist, wie ein jetzt vorliegendes Gutachten, das für den Bundesbauminister erstellt wurde, zeigt, noch immer doppelt so hoch wie im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft.

Weiter noch: die Unfallhäufigkeit in der Bauwirtschaft hat in den letzten Jahren wieder leicht zugenommen.

Solche Entwicklungen darf sich eine moderne und humane Industriegesellschaft nicht leisten.

Bessere Kontrollen der Bauwirtschaft durch die zuständigen Behörden und eine Überprüfung der Sicherheit gewährleistenden Bestimmungen sind ebenso erforderlich wie stärkere Sicherheitsbemühungen der Bauwirtschaft selbst. (-/2.1.1985/rs/ks)

+ + +

